

**Anlage 4**

**Antrag  
auf Gewährung eines Zuschusses für politische Bildungsarbeit  
für den Parteien nahestehende Stiftungen und kommunalpolitische Vereinigungen  
im Rahmen einer institutionellen Förderung**

An das  
Ministerium des Innern und für Kommunales  
des Landes Brandenburg  
Referat 26  
Henning-von-Tresckow-Straße 9 - 13  
14467 Potsdam

<b>1. Antragsteller</b>							
Name/Bezeichnung:							
Anschrift:							
Auskunft erteilt:	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 30%; text-align: right; padding-right: 5px;">Ansprechperson:</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="text-align: right; padding-right: 5px;">Telefon:</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="text-align: right; padding-right: 5px;">E-Mail:</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Ansprechperson:		Telefon:		E-Mail:	
Ansprechperson:							
Telefon:							
E-Mail:							
Bankverbindung:	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 30%; text-align: right; padding-right: 5px;">IBAN:</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="text-align: right; padding-right: 5px;">Kreditinstitut:</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	IBAN:		Kreditinstitut:			
IBAN:							
Kreditinstitut:							

<b>2. Antragstellung</b>	
<input type="checkbox"/>	Es wird ein Zuschuss für Zwecke der politischen Bildungsarbeit der den Parteien nahestehenden Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen zur Heran- und Weiterbildung von Bürgern entsprechend den vom Landtag Brandenburg für verbindlich erklärten Erläuterungen zum Titel 684 10 im Kapitel 20 020 im Haushaltsgesetz und Haushaltsplan beantragt. Der Zuschuss steht für Fachtagungen, für Konferenzen und Seminare, Veröffentlichungen sowie für die Beratung von Mandatsträgern einschließlich der Erarbeitung von Stellungnahmen für die politische Arbeit und für notwendige Verwaltungskosten zur Verfügung.
<input type="checkbox"/>	Die Zahlungen sollen in sechs gleichen Zwei-Monatsraten erfolgen.

<b>3. Gesamtkosten</b>		
Kostenberechnung	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Gesamthöhe nach Kostenberechnung	Euro	
Beantragte Zuwendungshöhe	Euro	

<b>4. Haushalts-/Wirtschaftsplan</b>	
Haushalts- oder Wirtschaftsplan Der Plan muss alle zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben sowie einen Stellenplan enthalten. Eine Übersicht über das Vermögen und die Schulden sowie über die voraussichtlich einzugehenden Verpflichtungen zu Lasten künftiger Jahre ist als Anlage beizufügen, soweit sich dies nicht schon aus dem Haushalts- und Wirtschaftsplan ergibt.	<input type="checkbox"/> liegt bei
	<input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Stellenplan	<input type="checkbox"/> liegt bei
	<input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Gesamtkosten	Euro
Eigenanteil	Euro
Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	Euro
Beantragte Zuwendung	Euro
Zuwendungen anderer öffentlicher Stelle(n)	Euro  <input type="checkbox"/> beantragt <input type="checkbox"/> bewilligt  Kontaktdaten der öffentlichen Stelle(n):
Sonstige Einnahmen (z. B. Teilnehmerbeiträge)	Euro

<b>5. Unterlagen</b>	
Satzung (aktuelle Fassung)	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Gründungsprotokoll	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Aktueller Vereinsregisterauszug	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Angaben zu Funktionen von Entscheidungsträgern des Antragstellers zum Nachweis der parteirechtlichen Selbstständigkeit der den Antrag stellenden parteinahen Stiftung oder kommunalpolitischen Vereinigung (vgl. BVerfG, Urteil vom 14.07.1986, 2 BvE 5/83) Dafür kann die Tabelle zum Antragsvordruck genutzt werden.	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Angaben zu den Wahlergebnissen der dem Antragsteller nahestehenden Partei zum Nachweis, dass die Partei, die dem Antragsteller nahesteht, eine dauerhafte, ins Gewicht fallende politische Grundströmung repräsentiert (vgl. BVerfG, Urteil vom 14.07.1986, 2 BvE 5/83)	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Angaben dazu, dass die Partei, die dem Antragsteller nahesteht, nach dem endgültigen Ergebnis der letzten drei Landtagswahlen oder bei der letzten Landtagswahl, der letzten Bundestagswahl und der letzten Europawahl mindestens 5 Prozent der im Land Brandenburg abgegebenen gültigen Zweitstimmen erreicht hat bzw. bei einer Partei nahestehenden kommunalpolitischen Vereinigung ggf. Angaben dazu, dass die Partei im Landtag vertreten ist und in mindestens der Hälfte der Kreistage bzw. Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte in Fraktionsstärke auf Grund eines eigenen Wahlvorschlags vertreten ist	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Vollmacht	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Unterlagen zum Nachweis einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung (Berichte/Belege über die bisherige Arbeit)	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Übersicht der geplanten Bildungsangebote, inklusive Veranstaltungsplanung	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Es werden folgende Angaben zur Notwendigkeit und Angemessenheit der Förderung gemacht:	
	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor

<b>6. Erklärungen</b>	
Es wird erklärt, dass eine Berechtigung zum Vorsteuerabzug oder ein sonstiger Anspruch auf Erstattung von Umsatzsteuer <input type="checkbox"/> allgemein <input type="checkbox"/> für das betreffende Vorhaben <input type="checkbox"/> nicht besteht. <input type="checkbox"/> besteht und dies im Haushalts- oder Wirtschaftsplan berücksichtigt wurde (Ausweisung ohne Umsatzsteuer).	
<input type="checkbox"/>	Es wird erklärt, dass die Mittel im Falle der Bewilligung wirtschaftlich und sparsam und ausschließlich für den Zuwendungszweck verwendet werden.
<input type="checkbox"/>	Es wird erklärt, dass unter Berücksichtigung der beantragten Landeszuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahmen gesichert sind.
<input type="checkbox"/>	Es wird erklärt, dass bei Bestreiten der Gesamtausgaben überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand die Beschäftigten nicht bessergestellt werden als Landesbedienstete mit entsprechenden Tätigkeiten. Im Falle einer gemeinsamen Finanzierung mit dem Bund werden Beschäftigte nicht bessergestellt als Bedienstete des Bundes mit entsprechenden Tätigkeiten.
<input type="checkbox"/>	Es wird erklärt, dass die beantragte Zuwendung nicht weitergeleitet wird.
<input type="checkbox"/>	Es wird erklärt, dass nach Einreichen des Antrags der Bewilligungsbehörde alle Änderungen mitgeteilt werden, die Auswirkungen auf die Leistungen haben können (z. B. zusätzliche Eigenmittel, Förderung Dritter, Insolvenz usw.).
<input type="checkbox"/>	Ich habe Kenntnis genommen von - der der Förderung zugrundeliegenden Richtlinie des Ministeriums des Innern und für Kommunales für Zuwendungen an parteinahe Stiftungen und kommunalpolitische Vereinigungen für Zwecke der politischen Bildungsarbeit vom 24. Mai 2023 (ABl. S. 618) und - den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur institutionellen Förderung (Anlage 14 zu VV Nr. 5.1 zu § 44 LHO).
<input type="checkbox"/>	Es wird erklärt, dass die in diesem Antrag gemachten Angaben (einschließlich vorgelegter Antragsunterlagen) vollständig und wahrheitsgemäß sind.

.....  
Ort, Datum

.....  
Rechtsverbindliche Unterschrift(en)

.....  
Name(n)

Die im Antrag enthaltenen personenbezogenen Daten und sonstigen Angaben werden vom Ministerium des Innern und für Kommunales im Rahmen seiner Zuständigkeit verarbeitet und genutzt. Eine Weitergabe dieser Daten an andere Stellen richtet sich nach dem Brandenburgischen Datenschutzgesetz (BbgDSG) bzw. der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

Nach den Voraussetzungen, die im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 14.07.1986, 2 BvE 5/83, aufgestellt worden sind, ist die parteirechtliche Selbstständigkeit der parteinahen Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen nachzuweisen. Dazu werden alle erforderlichen Angaben gemacht, insbesondere über:

	hinsichtlich ihrer Funktionen in			
	Parteien**	Fraktionen**	Stiftungen** *** und	Verbänden*** ****
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Geschäftsführer*</li> <li>- leitende Angestellte*</li> <li>- Vorstandsmitglieder*</li>   <li>- Mitglieder von Kuratorien* oder Beiräten* oder vergleichbaren Gremien*</li> </ul>				

\* bitte namentlich angeben  
 \*\* bitte Funktionen angeben, erforderlichenfalls weitere Seiten beifügen  
 \*\*\* nur soweit parteinah